

Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 KG Kärntnerstraße
- 0 Neutralität
- 0 Airpower 2024
- 0 Friedensmahnwache

Hämato-onkologische Ambulanz geschlossen Eine weitere Schwächung für unser LKH



Nach den massiven Bettenreduzierungen gab es nun eine neuerliche Hiobsbotschaft für die BewohnerInnen des Murtals: Die Hämato-onkologische Ambulanz unseres Krankenhauses wurde mit 1. September geschlossen. Die bisher in Knittelfeld behandelten KrebspatientInnen müssen nun nach Leoben fahren. Für KnittelfelderInnen ein Mehrweg von einer Stunde und rund 65 Kilometern (Hin- und Rückfahrt).

Der Standort Knittelfeld ist gesichert – behaupten KAGes und Landesregierung bei jeder Gelegenheit. Aber wie ist es wirklich? In Wahrheit droht unserem Krankenhaus die scheibchenweise Abwicklung. Dutzende Betten weniger hier, eine aufgelassene Ambulanz dort - gehen nach der nächsten Landtagswahl die Lichter endgültig aus? Diese Gefahr ist längst real.



KPÖ-Stadtrat Josef Meszlenyi und LR Juliane Bogner Strauß

Strauß Vorschläge für Maßnahmen zur Wiederherstellung der Versorgung in Knittelfeld übergeben. Diese Vorschläge haben wir auch dem Knittelfelder Bürger-

Bereits vor einem Jahr haben wir der zuständigen ÖVP-Landesrätin Juliane Bogner-

meister übermittelt. Eine inhaltliche Antwort haben wir von beiden nicht bekommen.

Unsere Vorschläge für Knittelfeld:

- ➔ Eine Peripherieprämie für ÄrztInnen und das Pflegepersonal
- ➔ Attraktive Übernachtungsmöglichkeiten/Dienstwohnungen
- ➔ Ein attraktives Anreizsystem: ÄrztInnen, die sich verpflichten, für zwei Jahre in Knittelfeld zu arbeiten, sollen anschließend bei der Vergabe von Stellen in ihren Wunschkrankenhäusern vorgereicht werden. FachärztInnen werden bei einer Verpflichtung, für fünf Jahre in Knittelfeld zu arbeiten, bei der Vergabe von Kassenstellen vorgereicht
- ➔ Supervision in der Arbeitszeit
- ➔ Koordination zwischen HausärztInnen und Ambulanz verbessern, HausärztInnen die Entlastung der Ambulanzen ermöglichen
- ➔ Eine Zahlung in Höhe 5000 Euro an den Betriebsratsfonds durch die Gemeinde, um dem durchhaltenden Personal Solidarität auszudrücken

Fortsetzung ➔



Buchpräsentation & Diskussion

mit

Hannes Hofbauer, Historiker, Autor und Verleger
Boris Lechthaler, Solidarwerkstatt Österreich

Mo. 16.Okt. 2023

Wir laden herzlich ein!

Pfarrheim in Knittelfeld,

Kirchengasse 7, Beginn: 19.00 Uhr

KPO
Knittelfeld

- **Ukrainekrieg und die Folgen**
- **Wie neutral ist Österreich?**

Fortsetzung ↻

Um das Problem langfristig anzugehen haben wir folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- ↻ Ein Stipendiensystem für MurtalerInnen die Medizin studieren und sich verpflichten anschließend 5 bis 10 Jahre in einem Krankenhaus im Murtal zu arbeiten sollen ein monatliches Stipendium zur Deckung ihrer Kosten erhalten
- ↻ Erhöhung der Studienplätze
- ↻ Abschaffung der Aufnahmetests
- ↻ Arbeitszeitverkürzung und besseres Gehalt für ÄrztInnen, Pflege- und anderes Krankenhauspersonal

Nun wurde im Gemeinderat ein Attraktivierungspaket für den Standort Knittelfeld beschlossen, das eher dürftig ausgefallen ist.,siehe nebenstehenden Kommentar. Während es von Brucker GemeindepolitikerInnen Protest gegen den Abgang von ÄrztInnen gab und Gegenmaßnahmen von Politik und KAGes verlangt wurden, kam vom Knittelfelder Bürgermeister und den ÖVP-GemeinderätInnen kein Wort zur Schließung der hämato-onkologischen Ambulanz.

Eine Landespolitik und eine KAGes-Führung die interessiert ist am Bestand des LKH Knittelfeld hätte versuchen müssen diese Schwächung von Knittelfeld mit allen Mitteln zu verhindern. Immerhin gingen die Knittelfelder Ärzte nicht zu einem anderen Dienstgeber sondern zu einem anderen KAGes-Standort.

Ärzte- und Personalmangel ist ein Versagen der Politik

Der Personal- und Ärztemangel ist der perfekte Vorwand um schon lange gehegte Kürzungs- und Schließungspläne umzusetzen. Die dringenden Warnungen vor dem drohenden Personalmangel gibt es schon seit vielen, vielen Jahren. Es wurde nichts getan um das zu verhindern.

Der Erhalt des LKH Knittelfeld ist wichtig für die Gesundheitsversorgung der ganzen Region - von Murau bis St. Lorenzen. Je zentraler die Spitäler desto länger die Anfahrtswege und die Belastungen für die Bevölkerung.

Knittelfeld hat schon viel verloren

Es geht auch um den Stellenwert der Stadt Knittelfeld. Den Verlust der Bezirkshauptstadt, des Bezirksgerichtes, der Handelsschule, der Arbeiter- oder der Wirtschaftskammer haben Spuren hinterlassen. Dabei erhebt diese Liste der Abwanderungen keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es braucht einen politischen Kampf über alle Parteigrenzen hinweg für den Erhalt des LKH-Knittelfeld!

LKH: ÖVP/SPÖ-Landesregierung hat ein Motivationsproblem!

Nach den Bettenreduzierungen und der Schließung der hämato-onkologischen Ambulanz sollte allen bewusst werden: Der Standort unseres Krankenhauses ist in Gefahr. Die KPÖ warnt schon seit langem vor dieser Entwicklung.



Wir haben konkrete Vorschläge für kurz- und langfristige Maßnahmen gegen den Mangel an ÄrztInnen gemacht. Vom Bürgermeister kam keine inhaltliche Antwort, von der ÖVP nur die Ansage man müsse dem Wort der KAGes vertrauen.

In einer Informationsveranstaltung von Stadtgemeinde und KAGes sollte die Bevölkerung beruhigt werden, doch die Zusagen blieben vage. Schon damals wurde ein Maßnahmenpaket von Gemeinde und KAGes angekündigt, das ließ allerdings lange auf sich warten. Der Beschluss des Pakets wurde sogar mehrfach verschoben.

Dafür, dass es so lange gedauert hat, ist das „Paket“ sehr dünn ausgefallen: Es soll eine Informationsmesse für Gesundheitsberufe in Knittelfeld geben, eine Wohnung für TurnusärztInnen eingerichtet und Motivationsvorträge für KAGes-MitarbeiterInnen abgehalten werden.

Wir begrüßen alle Schritte um etwas für den Erhalt des LKH zu tun, hätten uns aber weitreichendere Maßnahmen erwartet. Die Motivationsvorträge sehen wir allerdings kritisch: Die ÄrztInnen, Krankenschwestern, PflegerInnen und alle weiteren Beschäftigten im LKH tun ihr Möglichstes unter sehr erschwerten Bedingungen. Sie haben sicher kein Motivationsproblem. Sie brauchen keine Motivationsvorträge sondern bessere Arbeitsbedingungen.

Wo aber offensichtlich die Motivation fehlt etwas zu unternehmen ist bei den Verantwortlichen in der Landesregierung und bei der KAGes. Aber auch bei der Knittelfelder SPÖ und ÖVP sehen wir wenig Motivation ihre Landesparteien unter Druck zu setzen. Es wäre aber höchst an der Zeit, dass alle Parteien gemeinsam mit der Bevölkerung für unser LKH aktiv werden, meint....

... Ihr KPÖ-Stadtratrat Josef Meszlenyi

Einladung zum KPÖ-Stammtisch

**Reden, diskutieren, sich informieren
Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat**

KPÖ-Parteiheim, Friedensstraße 10, ab 18.00 Uhr

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher., Josef Meszlenyi, Druck: Fa. Gutenberghaus

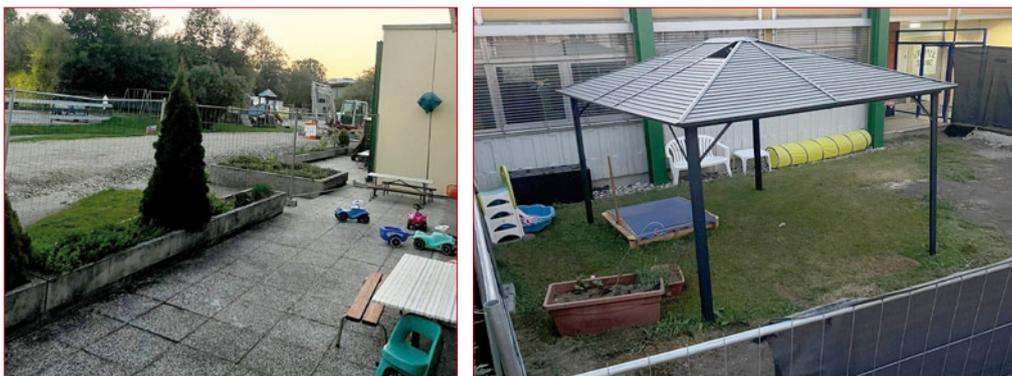


Kindergarten Kärntnerstraße: Garten wieder benutzbar

Weil der Garten des Kindergartens Kärntnerstraße aufgrund der Schulsanierungsbaustelle nicht benutzbar war haben sich mehrere Eltern uns gewandt. Nur sehr kleine, den Bedürfnissen der Kinder in keiner Weise genügende Außenbereiche waren zugänglich.

KPÖ-Stadtrat Josef Meszlenyi hat Bürgermeister Harald Bergmann darauf hingewiesen. Der Bürgermeister hat Verbesserungen wie eine Öffnung eines Teils des Gartens zugesagt. Wenige Tage später konnten die Kinder auch wieder draußen spielen.

Wir bedanken uns für die rasche Lösung, wodurch



Ursprünglich sollten den Kindern nur diese kleinen Bereiche zur Verfügung stehen.

den Kindern wieder eine adäquate Betreuung und den PädagogInnen bessere Arbeitsbedingungen ermöglicht wurden. Ein Teil der Eltern wurde vorab nicht von den Verschlechterungen informiert. Deshalb hat Stadtrat Meszlenyi eine Verbesserung der Kommunikation zwischen Gemeinde und Eltern eingefordert.

Aus dem Gemeinderat

Zusätzliche Klimatickets

Die KPÖ hat angeregt, die Gemeinde solle übertragbare Klimatickets ankaufen und den KnittelfelderInnen kostenlos zur Verfügung stellen. Dieser Vorschlag wurde aufgegriffen. Nachdem dieses Angebot sehr gut angenommen wird wurde der Ankauf von zwei weiteren Tickets beschlossen.

Hohe Musikschultarife

Die Musikschultarife werden heuer aufgrund einer Vorgabe vom Land für die Eltern nicht erhöht. Das ist natürlich positiv. Die KPÖ hat den Tarifen dennoch nicht zugestimmt, denn diese sind generell zu hoch. 514 Euro im Jahr bezahlen Eltern für ein Kind im Hauptfach im ordentlichen Studium, Erwachsene bezahlen sogar 994 Euro.

Musikunterricht ist wichtig für die Persönlichkeitsbildung. Wir haben uns umgesehen: So sind z.B. im Burgenland die Tarife niedriger und im Rahmen einer Musikoffensive erhält dort jedes Kind in der zweiten Volksschulklasse eine kostenlose hochwertige Blockflöte und der Flötenunterricht wird in den Regelunterricht eingebaut.

Knittelfelder

NACHRICHTEN

Herzlichen Dank

Einige KnittelfelderInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. **Wir bedanken uns herzlich!** Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT05 2081 5260 0000 0617

Leserbrief

Spielplatz Hauptplatz: Fehlender Sonnenschutz, Kinder leiden bei Hitze

Die Haut von Kindern ist besonders empfindlich. Der Schutz vor schädlichen UV-Strahlen ist wichtig, da jeder Sonnenbrand das Hautkrebsrisiko erhöht. Auf den mehrmals von der KPÖ eingebrachten Vorschlag ein Sonnensegel anzubringen gab es nur dürftige Antworten. Es wurde auf die kürzlich gepflanzten Bäume verwiesen, die aber frühestens in einigen Jahren Schatten spenden. Auch die hohen Kosten und die eventuell wegen des Sonnensegels wegfallenden Parkplätze wurden angeführt.

Mit dieser Rückmeldung bin ich, selbst Papa, natürlich keineswegs zufrieden. Der von vielen KnittelfelderInnen gewünschte autofreie Stadtkern oder eben auch das Sonnensegel für den Spielplatz - das sind meiner Meinung nach wesentliche Aspekte für einen Kinder- und familienfreundlichen Hauptplatz - und der sollte uns etwas wert sein.

Patrick Weber



Viele Spielplätze, z.B. jener in der Klopferstraße sind mit einem Sonnensegel ausgestattet weil Sonnenschutz wichtig für die Kinder ist. Auf die neuerliche Anfrage der KPÖ erklärte der Bürgermeister die Gemeinde hätte das Problem auf dem Radar. Wir hoffen also auf eine Umsetzung bevor der nächste Sommer kommt.

Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden



Mahnwache für Frieden und Abrüstung



Zum Jahrestag des Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki hat die KPÖ zu einer Friedensmahnwache am Hauptplatz eingeladen.

Es bleibt dabei:

Jubiläumssessen nur mehr mit SPÖ GemeindefunktionärInnen

Vor mehreren Jahren wurde die Praxis der Bürgermeisterbesuche in den Privatwohnungen der Jubilare durch monatliche Einladungen zu einem Mittagessen ersetzt.

Alle Knittelfelder Geburtstags- und HochzeitsjubilareInnen wurden im jeweiligen Monat in ein Knittelfelder Gasthaus eingeladen. Zu Beginn der Neuregelung wurde vereinbart, dass alle Gemeinderatsfraktionen zu diesen Treffen eingeladen werden.

Das war eine faire Vorgangsweise und es kam zu vielen netten Gesprächen und Begegnungen. Nachdem die Einladungen zu diesen Essen plötzlich ausblieben, haben wir nachgefragt. Zu unserer Verwunderung wurde uns mitgeteilt, dass nur mehr der Bürgermeister, im Verhinderungsfall der erste Vizebürgermeister und die Sozialreferentin eingeladen werden - alle von der SPÖ. Die anderen Parteien wurden - ohne jede Verständigung - einfach ausgeladen.

Wir haben diese Vorgangsweise im Gemeinderat angesprochen und kritisiert. Es wurde zugesagt, darüber noch einmal zu diskutieren. Dieses Gespräch fand statt, aber es bleibt - trotz unseres Protestes - dabei: Nur mehr der Bürgermeister, im Verhinderungsfall der erste Vizebürgermeister und die Sozialreferentin werden eingeladen - alle, was für ein Zufall - SPÖ FunktionärInnen. Wir finden es sehr bedauerlich, dass die SPÖ mit ihrer Mehrheit eine jahrelang gut eingeführte und demokratische Praxis einfach von Tisch wischt.

Vor 78 Jahren wurden von den USA Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. Über 100.000 Menschen verbrannten auf der Stelle - fast ausschließlich ZivilistInnen. An Folgeschäden starben bis Ende 1945 weitere 130.000 Menschen.

Die atomare Bedrohung ist aber leider kein Thema der Vergangenheit. In immer mehr Ländern sind Atomwaffen stationiert und in ständiger Bereitschaft. Der Ukraine-Krieg hat die Gefahr eines Atomkriegs massiv verstärkt. **Die Toten von Hiroshima und Nagasaki sind uns Mahnung für Abrüstung und gegen jeden Krieg einzutreten.**

KPÖ-Stadtrat Josef Meszlenyi wies auf die Wichtigkeit der österreichischen Neutralität hin. Sie kann einen Beitrag zur Beschränkung der weltweiten Abrüstung leisten. So war Österreich führend beim Beschluss des Atomwaffenverbotsvertrages beteiligt, der von 91 Ländern unterzeichnet wurde.

Fernwärmevertrag ohne Alternative

ÖVP-GR Herbert Grangl bezweifelte, dass der neue Fernwärmevertrag die besten Bedingungen für die Gemeinde beinhalte. Darauf wurde von mehreren Seiten ausgeführt, dass es zu diesem Vertrag keine Alternative gäbe, da kein anderer Lieferant zur Verfügung stehe. Bei Nichtunterzeichnung wären die Vertragsauflösung und damit kalte Heizungen die Konsequenz. KPÖ-GR Sonja Karimi meinte, das sei eigentlich eine Form von Erpressung.

Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at

Achtung!

Die **BUCHHANDLUNG** Steinbergerhof in Knittelfeld sucht NachfolgerIn ab Anfang 2024. Kleiner feiner Laden mit Internet-, Antiquar-, Schulbuchhandel.

Kontakt: jasmin-berger@aon.at

Antrag der KPÖ auf Valorisierung der Sozialleistungen von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt

Erhöhung der Gemeindepolitikerbezüge: 9,7 % Erhöhung der Sozialleistungen: 0 %

Viele Gebühren, aber auch die PolitikerInnenbezüge sind mit einer Indexklausel versehen und werden so jedes Jahr automatisch erhöht. Heuer hat die Gemeinde zwar die Erhöhung der Wasser- und Kanalgebühren ausgesetzt, aber dieser Beschluss gilt nur für dieses eine Jahr. Bei den Sozialleistungen ist eine automatische Erhöhung nicht vorgesehen. Eine Ungleichbehandlung, die wir mit nebenstehendem Antrag beseitigen wollten.

Die Höhe vieler Sozialleistungen ist seit mehreren Jahren unverändert. Eine Erhöhung durch eine automatische Preisanpassung noch im heurigen Jahr wäre eine kleine Hilfestellung in Zeiten, in denen viele Menschen aufgrund der Teuerung kaum noch über die Runden kommen.

Leider wurde unserem Antrag von SPÖ, ÖVP und FPÖ keine Dringlichkeit zuerkannt. Er kam dadurch nicht auf die Tagesordnung und wurde lediglich dem Sozialausschuss zur Beratung zugewiesen. Die Obfrau des Sozialausschusses, Stadträtin Regina Biela machte aber klar, dass es heuer keine Erhöhung der Sozialleistungen geben werde.



Begründet wurde die Ablehnung damit, dass automatische Erhöhungen das Budget sprengen könnten. ÖVP-VBM Wolfgang Knauser meinte sogar wir hätten ein „übersoziales System“ und in Österreich gäbe es sehr wenig Armut. Aussagen, die uns

unverständlich sind, denn wir erleben in unseren Sozialsprechstunden täglich das genaue Gegenteil.

PolitikerInnenbezüge:

Rund 41.500 Euro Mehrausgaben

Ganz anders bei den PolitikerInnenbezügen. Hier wird die jährliche Erhöhung keinesfalls in Frage gestellt. Diese fällt im nächsten Jahr besonders kräftig aus und wird Mehrkosten von rund 41.500 Euro verursachen, siehe nebenstehende Tabelle. Wir haben noch von keinem SPÖ-, ÖVP oder FPÖ-Gemeinderatsmitglied die Klage gehört, dass die hohen Politikerbezüge das Budget sprengen könnten.

Die nächste Gemeinderatssitzung: Mo. 11. Dezember

Gemeinderatssitzungen sind öffentlich und können von den BürgerInnen besucht werden.

Der Antrag der KPÖ: Indexierung der freiwilligen Sozialleistungen

Der Gemeinderat der Stadt Knittelfeld möge folgendes beschließen:

1. Alle freiwilligen Sozialleistungen (u. a. Energiekostenzuschuss, Taxigutscheine, Weihnachtsaktion) werden an Verbraucherpreisindex (VPI) gebunden und jährlich, beginnend mit 2023, entsprechend erhöht.
2. Die Bezugsgrenzen für die freiwilligen Sozialleistungen werden ebenso jährlich, beginnend mit 2023, nach dem VPI angehoben.

Begründung: Die freiwilligen Sozialleistungen der Gemeinde sollen Menschen in schwierigen Situationen helfen. Die Preisentwicklung der letzten eineinhalb Jahre ist eine enorme Belastung für viele Menschen. Preise und Mieten steigen in einem ungekannten Ausmaß, Löhne und Sozialleistungen bleiben aber zurück.

Um eine Entwertung der Sozialleistungen zu vermeiden (teilweise bleiben sie viele Jahre auf dem gleichen Niveau) und den Menschen die bestmögliche Unterstützung zu bieten schlagen wir die Indexierung der Sozialleistungen vor und ersuchen um Annahme des Antrags.

Die Bezüge der GemeindepolitikerInnen brutto, monatlich, gerundet, 14 x Jahr

	2023	2024, plus 9,7%
Bürgermeister:	9.250 Euro	10.147 Euro
Vize-BGM, je:	2.220 Euro	2.435 Euro
Stadträte, je:	1.480 Euro	1.623 Euro
Ausschussvorsitzende, je:	1.332 Euro	1.461 Euro
ReferentInnen, je	740 Euro	812 Euro

Mit Mehrkosten von rund 41.500 Euro werden die Erhöhungen der GemeindepolitikerInnenbezüge das Knittelfelder Budget im nächsten Jahr belasten.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-StR. Josef Meszlenyi
und DSA Karin Gruber

Mi. 18. Oktober 2023

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 10.00 bis 12.00 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Wirtschaft ist wichtiger als Umweltschutz: SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen Absage der Airpower

In knapp einem Jahr soll in unserer Region wieder eine Airpower stattfinden. Eine energie- und lärmintensive Waffenschau, die die Umwelt und die Bevölkerung unserer Region stark belastet.

Der Beschluss zur Abhaltung dieser Flugschau, auf der auch moderne Angriffswaffen zur Volksbelustigung gezeigt werden, wurde zu einer Zeit gefasst, in der nur einige hundert Kilometer von uns entfernt in der Ukraine ein Krieg tobt.



Der Beschluss Millionen an Steuergelder für die Airpower auszugeben wurde zu einer Zeit gefasst, in der viele Menschen auf Grund der massiven Teuerung kaum mehr über die Runden kommen und dringend mehr Unterstützung durch die öffentliche Hand bräuchten.

Dürre, Überschwemmungen, Hagel

Der Beschluss zur Abhaltung dieser klimaschädigenden Veranstaltung wurde zu einer Zeit sich häufender Naturkatastrophen gefasst. Weltweit führt die Zunahme von Naturkatastrophen, wie Dürre oder Überschwemmungen, die Auswirkungen des Klimawandels vor Augen. Erst kürzlich haben wir in Knittelfeld ein extremes Hagelunwetter erlebt, das hohe private und volkswirtschaftliche Schäden verursacht hat.

Es geht vor allem um die Signalwirkung die von Veranstaltungen wie der Airpower ausgeht. Mit der Abhaltung und Förderung dieser umweltschädigenden Veranstaltung wird signalisiert dass Klimaschutz in Wahrheit keine Rolle spielt.

Wir meinen aus sozialer und friedenspolitischer Sicht und auch aus Verantwortung für die Umwelt und eine lebenswerte Zukunft ist es ein Gebot der Stunde sich gegen die Airpower auszusprechen. Deshalb haben wir einen entsprechenden Antrag gestellt. Leider wurde er von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Endlich wieder etwas los?

Diese Parteien erklärten die wirtschaftliche Bedeutung sei höher zu bewerten als die Lärm- und Umweltbelastung. SPÖ-VBGM Erwin Schabhüttl meinte, es wäre gut, dass in unserer Region endlich „wieder etwas los sei“. Als ob die Umweltbelastung und der Lärm, der schon Tage vor und nach der Airpower unsere Region terrorisiert etwas Positives seien.

Damit die Klimaziele nur annähernt erreicht werden können, was Voraussetzung dafür ist, dass unser

Der Antrag der KPÖ: Absage der Airpower 2024!

Der Gemeinderat möge folgendes beschließen:

1. Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Knittelfeld spricht sich gegen die Abhaltung der Airpower 2024 aus.
2. Das Verteidigungsministerium wird aufgefordert die Airpower 2024 abzusagen und die dafür vorgesehenen Mittel für den Ausbau von Infrastruktur für Katastrophenhilfeinsätze zu verwenden.
3. Das Land Steiermark wird aufgefordert keine Steuergelder für die Airpower 2024 zur Verfügung zu stellen und die vorgesehenen Mittel für soziale Unterstützungen und Klimaschutzmaßnahmen einzusetzen.

➔ Planet einigermaßen lebenswert bewohnbar bleibt, ist ein Umdenken in allen Bereichen nötig.

Es bräuchte z.B. eine umweltverträgliche Wirtschafts- und Produktionsweise, einen massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs und eine Veränderung im Lebensstil. Weg vom Motto „Größer, stärker, schneller“ wie es die bekannte Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb ausgedrückt hat, die auch betont hat es gehe um jedes eingesparte Kilogramm CO₂. Leider ist diese Erkenntnis bei SPÖ, ÖVP und FPÖ noch nicht ange-



Reinigungsvergabe an Fremdfirma

Die Reinigungsarbeiten in der Sonderschule in der Regnerstraße werden ab dem kommenden Schuljahr bis zur Übersiedelung in die Lindenallee an eine private Firma vergeben. Dem hat die KPÖ nicht zugestimmt.

Hier geht für uns um eine Grundsatzfrage. Wir sind der Meinung die Leistungen der Gemeinde sollten durch Gemeindebedienstete durchgeführt werden. Gerade die öffentliche Hand hat eine Vorbildwirkung und sollte nicht auf Fremdfirmen zurückgreifen, bei denen die Beschäftigten oft schlechter gestellt sind.

Neutralität wichtiger denn je!

Österreich hat seine immerwährende Neutralität am 26. Oktober 1955 beschlossen. Die erste Partei, die sich für ein neutrales Österreich eingesetzt hat, war die KPÖ. Erst nach und nach setzte sich diese Idee auch bei ÖVP und SPÖ durch. Das war eine wichtige Voraussetzung um den Staatsvertrag zu erreichen. Schließlich stimmte im Parlament nur die Vorgängerpartei der FPÖ, der VdU, gegen unsere Neutralität.

Aktive Neutralitätspolitik

Österreich nutzte seine Neutralität für eine aktive Außenpolitik. Dafür steht vor allem die Ära Kreisky. Österreich vermittelte zwischen Ost und West. Auch die Kontakte in die „Dritte Welt“ wurden ausgebaut. Internationale Organisationen wurden in Wien angesiedelt. Unter anderem fanden Abrüstungsgespräche der Atommächte in Wien statt. Auch um Lösung des Nahostkonfliktes hat sich Österreich bemüht. Unser Land hat sich auch durch sein Engagement für weltweite Abrüstung ausgezeichnet (Vertrag zum Verbot von Anti-Personen-Minen, Vertrag zum Verbot von Streubomben, Nichtweiterverbreitungsvertrag und Verbotungsvertrag von Atomwaffen, etc.).

Neutralität mit Leben erfüllen!

In den letzten Jahren führte die Neutralität ein Schattendasein und wurde durch die Teilnahme an der Militarisierung der EU bewusst ausgehöhlt. Die österreichische Neutralität ist aber eine Erfolgsgeschichte.

Aktive Friedenspolitik ist nicht zuletzt auch die beste Verteidigungspolitik. Gerade in Zeiten in denen Krieg wieder zu einem Mittel der Politik wird braucht



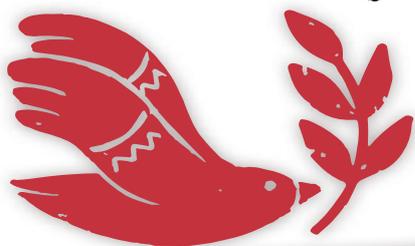
es neutrale Länder: Umso mehr Länder eine friedensstiftende Außenpolitik machen, als unabhängige Vermittler und Verhandlungsort zur Verfügung stehen, desto besser können Konflikte entschärft oder gelöst werden.

Neutralität bedeutet nicht vor Kriegen oder Verletzungen von Menschen- und Völkerrecht die Augen zu verschließen. Es bedeutet, auf friedlichem Wege nach Lösungen zu suchen.

Die KPÖ bekennt sich zu einer echten und aktiven Österreichischen Neutralität als Beitrag zu einer Friedensordnung in Europa und fordert:

- ➔ Beibehaltung der immerwährenden Neutralität
- ➔ Keine Beteiligung an militärischen Bündnissen innerhalb und außerhalb der Strukturen der EU, also Rückzug aus PESCO und der NATO-Partnerschaft
- ➔ Keine internationalen Einsätze des Bundesheeres unter NATO- oder EU-Kommando
- ➔ Keine Aufrüstung des Bundesheeres, die seine NATO-Kompatibilität zum Ziel hat
- ➔ Keine Unterstützung von Kriegsparteien, alleiniger Fokus auf die Hilfe für die betroffene Zivilbevölkerung
- ➔ Keine Waffenlieferungen in Krisengebiete oder an Staaten die sich an Kriegen beteiligen
- ➔ Ausbau der Kapazitäten zur zivilen Konfliktvermeidung und -vermittlung

Neutralitätsfeiertag 2023



Neutralität

-wichtiger denn je!

FESTVERANSTALTUNG
Do., 26. Oktober, 15 Uhr
Barbarasäle Vordernberg
Viktor-Zack-Straße 6, 8794 Vordernberg

Begrüßung: KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler**
 Festansprache: KPÖ-Stadtrat **Josef Meszlenyi** (Knittelfeld)

Musikalische Umrahmung: **Natalie Moser**

Wir laden Sie herzlich ein mit uns nach Vordernberg zu fahren!

Anmeldung und Information: KPÖ-Knittelfeld,
 Telefon: 03512/82240,
 E-Mail: josef.meszlenyi@kpoe-steiermark.at

www.kpoe-steiermark.at
 Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

**Raiffeisenbank
 Aichfeld**



Nur mehr bis 31. Oktober!

400 Euro Wohn- und Heiz- kostenzuschuss Jetzt anfordern!

Wenn Sie ein jährliches Haushaltseinkommen von weniger als 30.734 Euro netto haben, können Sie den steirischen Wohn- und Heizkostenzuschuss ab sofort beantragen:

www.bit.ly/stmk-wohncostenzuschuss



KPÖ

Formular öffnen

Über egov.stmk.gv.at gelangen Sie zum Formular – einfach den Link im Posting anklicken.

Formular ausfüllen

Die Felder ausfüllen, danach die Felder für Datenschutz anhaken. Im zweiten Schritt die Daten kontrollieren und danach den Antrag abschicken. Sie müssen **KEINE** Dokumente hochladen.

Heizkostenzuschuss erhalten

Wenn Ihr Haushaltseinkommen 30.734 Euro jährlich nicht überschreitet, erhalten Sie den Heizkostenzuschuss vom Land Steiermark. **WICHTIG:** Wenn Sie Sozial- oder Wohnunterstützung erhalten, sollten Sie den Betrag schon erhalten haben. Sollte dem nicht so sein, können Sie einen Antrag stellen.



KPÖ

Wenn Sie Fragen haben oder Hilfe beim Ausfüllen brauchen unterstützen wir Sie gerne! KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, Tel.: 03512/82240

Bitte unterstützen Sie die Petition!



Wohnen darf nicht arm machen!

Darum fordern wir die steirische Landesregierung mit einer Petition dazu auf nachfolgende Maßnahmen umzusetzen:

Unterschreiben Sie bitte die Petition!



Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Petition an die Stmk. Landesregierung gemäß § 110 Volksrechtegesetz.

1. Anhebung der Wohnunterstützung sowie der Einkommensgrenzen; Richtlinien ändern, damit wieder mehr Menschen die Wohnunterstützung bekommen können.
2. Einkommensgrenzen beim Kautionsfonds erhöhen.
3. Anhebung des Heizkostenzuschusses sowie der Einkommensgrenzen.
4. Erhöhung der Wohnkostenpauschale der Sozialunterstützung.
5. Wohnunterstützung auch für BezieherInnen der Sozialunterstützung: Einsatz der Landesregierung für Änderung des Bundesgesetzes.
6. Petition an die Bundesregierung für ein verständliches und soziales Mietrechtsgesetz mit niedrigen Mietzinsobergrenzen.
7. Ausbau und Erhalt von öffentlichem Wohnbau.

LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift

Ausgefüllte Listen bitte an KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld schicken oder in unserem Büro abgeben. Gerne schicken wir Ihnen auch Unterschriftenlisten zu. Vielen Dank für Ihre Unterstützung! Kontaktinformation: Telefon: 03512/82240, E-Mail: josef.meszlenyi@kpoe-steiermark.at